

Wirtschaftsordnung

Aufgaben zur Lenkung von Wirtschaft

Versorgung mit Gütern + Dienstleistungen

Visualisierung von Knappheit

Abstimmung von Plänen der Produzenten und Konsumenten

Beteiligung der Wirtschaftssubjekte (priv. Haushalte und Marktteilnehmer)

Elemente der Wirtschaftsordnung

- Ø zentrale/dezentrale Wirtschaftsplanerstellung
 - zentral durch den Staat
 - dezentral Unternehmer + Haushalte
- Ø Privateigentum/ Volks-Staatseigentum an Betriebsmittel
- Ø Eingreifen des Staates



- Ø Frei Marktwirtschaft
 - Angebot + Nachfrage regeln den Preis
 - Keine staatlichen Eingriffe(Nachtwächter-Staat)

- Ø Zentral Verwaltungswirtschaft
 - Staat regelt alles
 - Preise
 - Menge

- Ø Soziale Marktwirtschaft
 - Wettbewerbsprinzip, wobei Rahmenbedingungen vom Staat vorgegeben werden.
 - Eingriffsmöglichkeiten des Staates
 - Förderung bzw. Beschränkung der Wirtschaft
 - Kauf von Gütern
 - Subsidiaritätsprinzip (Staat übernimmt Aufgabe)
 - Sozialprinzip (Sozialversicherung)

Soziale Marktwirtschaft:

- ist eine wettbewerbliche Selbststeuerung der Marktwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums. Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.
- Soziale Marktwirtschaft soll die Fehler des Liberalismus, der davon ausgeht, daß die Marktwirtschaft allein die Ordnung einer Gesellschaft erhalten kann und sozialen Erfordernissen gerecht wird, vermeiden.
- Der Staat soll hier aktiv eingreifen zur Förderung und Sicherung des Wettbewerbs, zur Sicherung der Geldwertstabilität, zum regulieren von Monopolstellen, zum sozialen Einkommens- und Vermögensausgleich, zur Sicherung von Mindestlöhnen, etc.
- Im wirtschaftlichen soll der Staat außerdem durch Finanzpolitik die Konjunkturstabilisierung sichern.

- Für den Sozialstaat gilt: Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.
- Sozialstaatliches Handeln soll den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die marktwirtschaftliche Preisbildung einzugreifen, also *Marktkonform* sein.
- Man kann folgende Eingriffe in das Marktgeschehen unterscheiden:

Marktsicherung: rechtliche Eingriffe zu Sicherung des Leistungswettbewerbs, z.B. Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb, Ladenschlußgesetze und Qualitätskontrollen.

Marktbeeinflussung: Aktionen gegen Rauchen, Hinweise zur Energiesparung.

Marktregulierung : z.B. Einkauf bei Angebotsüberhang, Lagerung und Verkauf bei Nachfrageüberschuß. So wird in Zeiten zu großen Angebots das Risiko für Produzenten verringert, bei zu geringem Angebot die Verbraucher hinreichend versorgt. Auch eine Änderung der Steuerlast kann marktregulierend sein.

- Das "magische Viereck" beschreibt die vier Basis-Zielelemente des Systems der Sozialen Marktwirtschaft:
 1. wirtschaftliches Wachstum
 2. Vollbeschäftigung
 3. außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 4. Preis- bzw. Geldwertstabilität
- Die Erhaltung der Geldwertstabilität durch vergleichsweise mäßige Inflation in Dtl. signalisiert Unternehmen eine hohe Berechenbarkeit im Investitions- und Konsumverhalten.
- Durch die Geldwertstabilität werden Unternehmen dazu veranlaßt, wenn sie nicht investieren, sondern sparen möchten, ihre Kapitalanlagen nach Dtl. zu verlegen?
- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht will man erhalten um Absatzmärkte zu behalten, deshalb z.B. auch Wirtschaftshilfe in Rußland.

Freie Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der frei Markt steht und die in der Regel folgende Strukturen besitzt:

1. Die Eigentumsordnung ist durch den privaten Besitz an Produktionsmitteln gekennzeichnet.
2. Die am Wirtschaftsprozess Beteiligten handeln als Käufer und Verkäufer, als Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nach eigennützigen Motiven unter dem Prinzip der Gewinnmaximierung.
3. Jedes Wirtschaftssubjekt—ob Unternehmer oder Haushaltsvorstand—stellt seinen eigenen Haushaltsplan auf, der Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringt.
4. Die Koordinierung der einzelnen Haushalts- und Wirtschaftspläne geschieht auf dem Markt, indem jeder einzelne als Anbietender oder Nachfragender bestimmter Güter auftritt. Hier geschieht nicht nur die Preisbildung und durch sie ein Ausgleich, sondern hier werden auch Mengen und Qualitäten dem Spiegel von Angebot und Nachfrage

angepasst. Neben dem Gütermarkt besteht ein ebenso freier Arbeits- und Kapitalmarkt, auf denen dieselben Marktgesetze wirksam werden wie auf dem Gütermarkt.

5. Durch die über den Markt wirksamen Anpassungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte wird gesamtwirtschaftlich das eigennützige Handeln der einzelnen zum Wohlstand summiert.
6. Der Staat beschränkt sich auf die Rolle des Ordnungshüters, der Freiheit des Marktes, vollständige Konkurrenz und Markttransparenz garantiert, sich sonst aber jeder wirtschaftlichen Lenkung enthält.

Die freie Marktwirtschaft steht heute als Idee der Wirtschaftsordnung in den westlichen Demokratien der Zentralverwaltungswirtschaft der sozialistischen Staaten gegenüber. Dabei sind eine Reihe von Prinzipien der reinen Marktwirtschaft, wie sie der Frühliberalismus (z.B. A. Smith) lehrte, nicht verwirklicht worden, v.a. weil ein völlig freier Arbeitsmarkt ohne Sozialpolitik zu einseitiger Bevorzugung der Arbeitgeberposition geführt und weil ein unkontrollierter Wettbewerb letztlich Kartelle und Monopole hervorgebracht hätte, die den Marktmechanismus außer Kraft gesetzt hätten. So haben mehr oder weniger alle westlichen Staaten Korrekturen am marktwirtschaftlichen System vorgenommen.

Markt (lat. mercatus = Handel, Markt) bedeutet das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage, von Käufern und Verkäufern an bestimmten Plätzen, zu bestimmten Zeiten und nach festen Ordnungen zum Abschluß von Kauf- und Verkaufsgeschäften. Der Begriff Markt wird volkswirtschaftlich ohne Orts- und Zeitbindung auf den sich frei abspielenden Ausgleich von angebotenen und nachgefragten Gütern und die sich dabei vollziehende Preisbildung angewendet. Für die liberale Wirtschaftstheorie ist der Marktbezug zentral: Bei gleichbleibendem Angebot führt steigende Nachfrage auf dem Markt zu steigenden, sinkende Nachfrage zu sinkenden Preisen; bei gleichbleibender Nachfrage führt ein steigendes Angebot zu sinkenden Preisen, ein sinkendes Angebot zu steigenden Preisen. Da jedoch steigende Preise zu erhöhter Güterproduktion bzw. sinkende Nachfrage und sinkende Preise zu steigender Nachfrage und sinkender Güterproduktion führen, wenn man jeweils davon ausgeht, daß der einzelne Anbieter oder Nachfragende einen Gewinn ausschlagen will, so konnte die liberale Wirtschaftstheorie darauf ihre gesamten ordnungspolitischen Vorstellungen aufbauen: Der Marktmechanismus sorgte dafür, daß aus Eigennutz verfolgte wirtschaftliche Tätigkeit sich zum Nutzen aller auswirkte. Es mußten nur vollständige Konkurrenz, Marktfreiheit und Markttransparenz garantiert sein. Der Markt war Umschlagplatz und Anzeigetafel, der Güterproduktion und Bedürfnisbefriedigung "automatisch" zum Ausgleich bringen sollte.

Ein Markt entsteht, wenn Wirtschaftssubjekte in ihren jeweiligen Rollen als Konsumenten, Produzenten und Eigentümer von Produktionsfaktoren mit anderen Wirtschaftssubjekten Kontakt aufnehmen, um ihre Tauschpläne, d.h. ihre Kaufs- und Verkaufspläne zu verwirklichen. Das aus diesem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage entstehende Netz von Tauschbeziehungen und Informationsströmen zwischen den Marktteilnehmern wird als Markt bezeichnet.

Eine arbeitsteilige Wirtschaft ist nur dann funktionsfähig, wenn lediglich sichergestellt ist, daß die vielfältigen Tätigkeiten der wechselseitig aufeinander angewiesenen Wirtschaftssubjekte "zusammenpassen". Die Koordination von Wirtschaftsplänen leistet der Markt, indem er von sich aus Kräfte entwickelt, die auf einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf allen Einzelmärkten hinzielen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Preise, die sich auf den Märkten aufgrund von Angebot und Nachfrage bilden. (□ Preisbildung).

Markt = Treffpunkt von Anbietenden und Nachfragenden bei bestehender Konkurrenz (kein Monopol)

Monopole auf Anbieter- und Nachfragerseite bedeuten eine Preisfestsetzung und vollständige Markttransparenz (vollständige Marktübersicht der Nachfrager).

Polypole auf Anbieter- und Nachfragerseite bedeuten vollständige Konkurrenz und somit Preisfreiheit sowie unvollständige Markttransparenz.

Jeder Markt neigt zur Monopolbildung auf der Anbieterseite mit dem Ziel, die alleinige Preisgestaltung auf dem Markt zu erhalten. Da der Staat laut Verfassung den Wettbewerb zu schützen hat, versucht das Kartellamt, die Ausbildung von Monopolen zu verhindern. So müssen Firmenzusammenlegungen (Fusionen) vom Kartellamt genehmigt werden.

Das Modell zentraler Wirtschaftsplanung: (Einplanwirtschaft)

- Die Wirtschaftsentscheidungen werden hier von oben getroffen (Planungskommission). Der vorgegebene Plan ist Gesetz, ihm muß sich untergeordnet werden. Preise haben keine Lenkungsfunktion, denn das oberste Ziel ist die Planerfüllung.
- Das Privateigentum an Produktionsmittel ist weitgehend aufgehoben.
- Der Außenhandel ist durch staatl. Organisationen zentral gelenkt.
- Preise für Güter und Dienstleistungen, Löhne und Zinsen werden zentral festgelegt.
- Politik und Wirtschaft sind auf das engste verknüpft. Ausgangspunkt des Ordnungstyps ist der Marxismus.
- Die Perspektivpläne (lang-, mittel- oder kurzfristig) sollen die Entwicklung der Volkswirtschaft vorausbestimmen.
- Probleme der Planwirtschaft: Hier gilt nicht die Regel:"Mit möglichst wenig Mitteln möglichst viel erreichen", sondern Maßstab für den Erfolg ist die Planerfüllung. Das Planerfüllungsprinzip führt jedoch zu einer Verschwendung der Ressourcen, da Unternehmer immer mehr anfordern, als sie zur Planerfüllung brauchen.
- Ein weiteres Problem der Planwirtschaft ist, daß die Nichteinhaltung eines Teils des zentralen Plans unmittelbare Auswirkungen auf andere Teilpläne hat.
- Ein anderes Hemmnis für die effiziente Einsetzung von Ressourcen sind die nach pol. Wertmaßstäben festgesetzte Preise. Grundbedarfsgüter wie Brot müssen billig sein, damit sie sich jeder leisten kann, andere "Luxusgüter" sind dementsprechend überteuert.
- Künstlich niedrig gehaltene Preise, z.B. von Brot, verhindern daß die Bäcker mehr verdienen. Wenn das einführen von Ressourcen teurer wird, können die Bäcker nicht mit Preisteigerung reagieren. Der niedrige Preis muß deshalb zu Lasten aller subventioniert werden. Außerdem findet eine Verschwendung statt, wenn z.B. das Brot verfüttert wird, weil Futtermittel zu teuer ist.

Quelle:
InBit, Paderborn